

Nach Schätzungen des Bundesrechnungshofs entsteht dem Staat durch Nichterfassung, Manipulation und Löschung von Bargeldeinnahmen in Kassensystemen ein Schaden von bis zu 70 Milliarden Euro jährlich. Eine vollständige Abschaffung der Belegpflicht würde folglich bestehende Kontrollmechanismen schwächen – insbesondere vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte.

Aus unserer Sicht liegt die Lösung auch für die haushalterische Lage daher nicht in der Abschaffung des Kassenbons, sondern in seiner Digitalisierung durch den E-Beleg. Digitale Belege verbinden Bürokratie- und Abfallreduktion mit steuerlicher Transparenz und wirksamer Nachvollziehbarkeit von Kassenvorgängen. Gleichzeitig bleiben Nachweise für Kostenerstattungen, Garantiefälle und ordnungsgemäße Buchführung erhalten.

Auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft weist darauf hin, dass Transparenz im Zahlungsverkehr und funktionierende Kontrollmöglichkeiten für den Vollzug der Finanzverwaltung unverzichtbar bleiben.

Der E-Beleg ermöglicht bereits heute eine effiziente, überprüfbare und fälschungssichere Dokumentation von Kassenvorgängen. Er reduziert Verwaltungsaufwand und Kosten für Unternehmen, ohne die steuerliche Kontrollfunktion aufzugeben. Ein Papierbeleg könnte dabei künftig auf ausdrücklichen Wunsch der Kunden ausgegeben werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Umsetzung des Koalitionsvertrags möchten wir daher anregen, die Chancen einer verpflichtenden digitalen Belegausgabe stärker in den Fokus zu rücken. Bevor über zusätzliche Steuererhöhungen diskutiert wird, sollte aus unserer Sicht zunächst die Effizienz steuerlicher Vollzugsprozesse durch digitale Lösungen verbessert werden.